

# Monatsspiegel

Oktober 2021



Adressaufkleber

# SPD

## Erlangen

## Die Sozialdemokratie ist tot! Es lebe die Sozialdemokratie!

Wer hätte vor 6 Monaten noch gedacht, dass die SPD in diesem Wahlkampf noch eine zentrale Rolle spielen wird? Viele Journalist:innen haben uns schon für tot und irrelevant erklärt. Aber Totgesagte leben bekanntlich länger! Je näher der Wahltermin rückte, desto klarer wurde, dass die SPD im Gegensatz zu CDU und Grünen auf die richtige Strategie setzte. Wir nominierten als erstes und viele Monate vor der Wahl unseren Kanzlerkandidaten und setzten mit Olaf Scholz auf den, der im Vergleich zu Baerbock und Laschet die größte Regierungserfahrung aufwies und mit Kurzarbeit, Überbrückungshilfen und Konjunkturpaketen dafür sorgte, dass die deutsche Volkswirtschaft glimpflich durch die Coronakrise kam.

Mit Mindestlöhnen, besseren Tarifverträgen, mehr Investitionen in die Zukunft, eine beschleunigte Energiewende, Kindergrundsicherung und

progressiven Forderungen in der Gleichstellungspolitik setzte die SPD im Wahlkampf auf die richtigen Themen und besetzte diese in der öffentlichen Debatte erfolgreich. Aus heutiger Sicht lässt sich sagen, dass der Erneuerungsprozess bisher geglückt ist und wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Doch können wir uns auf das Erreichte beruhen? Ist ein Ergebnis von 20+X eines mit dem wir zufrieden sein sollten?

Klar ist: In diesem Wahlkampf haben wir eine Lücke gefüllt, die Grüne und Linke nicht füllen konnten. Während die Grünen vordergründig auf das Thema Klima setzten, versuchten die Linken zu kommunizieren, dass sie für eine konsequentere Klimapolitik als die Grünen stünden. Die SPD war damit die einzige Partei, die lohnabhängig Beschäftigte in den Mittelpunkt ihrer Kampagne stellte. Neben Olaf Scholz war das aus meiner Sicht einer der weiteren Hauptgründe,

■ **Von Munib Agha**  
Kreisvorsitzender



weshalb die SPD besser abschnitt als die meisten noch vor wenigen Wochen vermutet hätten. Durch unsere überzeugende Kampagne und Themensetzung haben wir einiges an Glaubwürdigkeit, die wir die letzten Jahre verloren haben, zurückgewonnen. Doch darauf können wir uns nicht ausruhen. Ziel muss es sein, dass die Mehrzahl der Leute, die in den sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiten, also die Krankenpfleger:innen, die Reinigungskräfte, die Verkäufer:innen und Regalauffüller:innen in den Lebensmittelläden, die Erzieher:innen, die Reinigungskräfte, die Transportarbeiter:innen und viele andere

Fortsetzung auf Seite 3

## ■ Termine

10.10.	19.30	Distrikt Innenstadt	Kaiser Wilhelm	S.15
10.10.	19.30	Distrikt Ost	Kaiser Wilhelm	S. 16
11.10.	17.00	Fraktionsgespräch	digital	S. 5
12.10.		Jusos		S. 20
12.10.	19.30	Distrikt Frauenaarach	Bürgerhaus Kriegenbrunn	S. 14
13.10.	18.00	AK Sozialökologische Transformation	digital	S. 20
13.10.	19.00	Distrikt Tennenlohe	Schlossgaststätte	S.17
20.10.	15.00	AG 60Plus	Thalermühle	S.19
20.10.	20.00	Distrikt Süd	Bürgertreff Berliner Platz	S.16
21.10.	20.00	Kreismitgliederversammlung	ATSV	S.3
26.10.		Jusos		S. 20
27.10.	20.00	Distrikt West	Güthlein	S. 19
4.11.	18.00	AK Sozialökologische Transformation	digital	S. 20

### Kontakt

**Kreisverband Erlangen-Stadt**  
 Vorsitzender: Dieter Rosner  
 Mitarbeiter: Christian Wonnerth  
 Friedrich-List-Straße 5,  
 91054 Erlangen  
 Telefon: 09131-8126522  
 Fax: 09131-8126513  
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de  
 Internet: www.spd-erlangen.de  
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,  
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

#### Bürozeiten:

Montag 12:00 bis 16:00 Uhr  
 Dienstag bis  
 Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr  
 sowie nach Terminvereinbarung

**SPD-Stadtratsfraktion Erlangen**  
 Vorsitzende: Barbara Pfister  
 Geschäftsführerin:  
 Katja Rabold-Knitter  
 Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen  
 Telefon: 09131-86-2225  
 Fax: 09131-86-218 1  
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de  
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

#### Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr  
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr  
 Mittwoch geschlossen  
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr  
 Freitag geschlossen

### Impressum

**Herausgeber**  
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen  
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

**Redaktion und Mitarbeit:** Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

**Mitarbeit bei dieser Ausgabe:** Munib Agha, Stefan Barth, Claudia Butt, Monika Fath-Kelling, Peter Schmidt, Mark Schuster

**Druck:** Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

**Auflage:** 700 Stück

materiell schlechter gestellten lohnabhängig Beschäftigte wieder sagen: „Die Sozialdemokratische Partei ist meine Anwältin und wenn sie an die Macht kommt wird mein Leben besser.“

Auch bei der Energiewende gilt es verlorenes Terrain wieder zurückzugewinnen. Es waren wir und nicht die Grünen, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz erfunden haben. Es waren wir, die damit dann auch gesorgt haben, dass Deutschland in den 00er Jahren zum Spitzenreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien wurde.

In den kommenden Jahren müssen wir es schaffen glaubhaft zu machen, dass es nur mit uns einen Klimaschutz gibt, der nicht nur konsequent, sondern auch sozial gerecht vollzogen wird. Aufgrund der Blockadepolitik der Union in der Bundesregierung kaufen uns insbesondere jüngere Menschen aber nicht mehr ab, dass die SPD dafür stehen kann. Hier müssen wir aber auch ehrlich mit uns sein und uns klarmachen, dass wir uns auch nicht ausreichend mit Konzepten dazu (wie zum Beispiel einem linken Green New Deal) auseinandergesetzt haben. Denn auch hier bin ich davon überzeugt, dass es nur der Sozialdemokratischen Partei gelingen kann, auch die anzusprechen, die bei den anstehenden Herausforderungen Angst davor haben hinten runterzufallen.

Liebe Genoss:innen, es bleibt noch viel für uns zu tun, um zu alter Stärke zurück zu finden. Doch die ersten Schritte sind erfolgreich getan! Unabhängig davon, ob wir Teil der kommenden Regierung sein werden oder nicht: ich bin davon überzeugt, dass die Sozialdemokratische Partei den Erneuerungsprozess erfolgreich abschließen wird und in der Gesellschaft als die Partei wahrgenommen wird, die unser Land zum Besseren für alle gestalten wird. Lasst uns dafür auch tatkräftig in die anstehenden Debatten einbringen. Freundschaft!

(Diesen Text schrieb ich am Samstag vor der Bundestagswahl, also wenige Stunden vor Bekanntwerden der 18-Uhr-Prognose. Ich möchte mich deswegen an dieser Stelle bei allen Bedanken, die sich tatkräftig vor Ort eingebracht haben und damit gesorgt haben, dass dieser Wahlkampf ein Erfolg werden kann. So geeint und motiviert waren wir schon lange nicht mehr und ich kann euch sagen: Dieser Wahlkampf hat Spaß gemacht! Egal wie es letzten Endes ausgehen wird.)

## Ankündigung des Themas der November-KMV (25.11) Verlassen von der Arbeiterklasse?

Eine häufige Erklärung lautet, dass sozialdemokratische Parteien ihre Wählerschaft aus der Arbeiterklasse an rechtsextreme Parteien verloren habe. Grund dafür sei einerseits der sozialdemokratische Kurswechsel nach rechts in der wirtschaftspolitischen Dimension („Dritter Weg“) und andererseits der linkere Kurs in der kulturellen Dimension („Identitätspolitik“).

Die Autoren, Tarik Abou-Chadi (Referent auf der November-KMV), Reto Mitteregger und Cas Mudde haben

für die FES diese häufige Erklärung auf der Grundlage empirischer Daten untersucht und kommen zur Schlussfolgerung, dass sowohl die Grundannahmen dieses Narratives, als auch die darauf aufbauenden Aussagen nicht zutreffen. Die radikale Rechte ist nicht die neue Heimat ehemaliger sozialdemokratischer Wähler\*innen. Der Verlust der (weißen) Arbeiterklasse ist nicht der auslösende Faktor für die Stimmenverluste sozialdemokratischer Parteien. Überproportional hoch sind die Stimmenverluste

## Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zur

### Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 21. Oktober, 20 Uhr, ATSV Erlangen (Paul-Gossen-Straße 58).

Rechtsextremismus in Nordbayern

Das Schwerpunktthema für die KMV im Oktober wird „Rechtsextremismus in Nordbayern“ sein. Dazu haben wir als Referenten Jonas Miller, Journalist beim Bayerischen Rundfunk, eingeladen, der zu Beginn einen 30-minütigen Vortrag halten wird. In der darauffolgenden Debatte wollen wir vor allem über die Gewaltbereitschaft der rechten Szene reden, inwiefern diese demokratische Instrumente für ihre Zwecke missbraucht und wie man dagegen vorgehen kann. Die folgenden drei Links geben einen Überblick über die Recherchearbeit von Jonas Miller:

<https://kurzlinks.de/99ji>  
<https://kurzlinks.de/d5fz>  
<https://kurzlinks.de/kofi>

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Nachwahl Vertreter:innen der Distrikte im Kreisvorstand
3. Schwerpunktthema: Rechtsextremismus in Nordbayern
4. Anträge
5. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
6. Verschiedenes

Sandra Radue

Munib Agha

sozialdemokratischer Parteien vielmehr in der gebildeten Mittelschicht. Der Löwenanteil der Wähler\*innen mit höheren Bildungsabschlüssen ist von sozialdemokratischen Parteien zu grünen und sozialliberalen Parteien abgewandert.

Experimentelle Daten und Befragungsdaten zeigen, dass potenzielle sozialdemokratische Wähler\*innen alt-linken und neu-linken Programmen gegenüber Strategien der politischen Mitte und linksnationalistischen Strategien den Vorzug geben. Der vielversprechendste Weg in die Zukunft für sozialdemokratische Parteien ist nach Ansicht der Autoren auf Grundlage ihrer Analyse und mit Blick auf die Dilemmata, vor denen diese Parteien stehen, eine Kombination von Alt-Linken-Strategien und Neu-Linken-Strategien.

Link zur Studie:

<https://kurzelinks.de/31yh>

# Wieder ein Einzeltäter?

■ **Von Claudia Butt**  
AK gegen Rechts

Am 18.09.2021 wurde Alexander W. in einer Tankstelle in Idar-Oberstein ermordet. Kaltblütig, durch Kopfschuss hingerichtet. Als ob es dafür einen Automatismus gäbe, beeilte sich das Innenministerium, den Mörder als Einzeltäter zu einzuordnen.

Mag sein, dass er keinen speziellen Auftrag eines Dritten hatte und Ort, Zeitpunkt und Methode der Tat selbst bestimmte. Keiner hat ihn hingefahren, das Vorgehen für ihn geplant, im Fluchtauto gewartet. Der Täter war allein.

Nur hat er sich so nicht gefühlt. Seine Mitstreiter, ebenso radikalisiert und verblendet wie er selbst, fand er in sei-

ner Twitter-Telegram-Blase. Dort wird er für seine Tat bejubelt. Er hatte persönlichen Kontakt zu Gesinnungsgenossen. Deswegen wäre hier der Begriff Terror angebracht.

Auch die Wirkung seiner Tat entspricht der eines Terroranschlags: Ob er es so geplant hat oder nicht, jetzt ist die Angst da. Der engagierte Bürger, der bislang bei Regelverletzungen die offene Ansprache suchte, wird sich ab jetzt zurückhalten. Der Verkaufs- oder Servicemitarbeiter, der bis jetzt pflichtgemäß die Einhaltung der Regeln überwachte, wird nun lieber wegsehen. Jeder wird sich die Frage stellen: Bin ich bereit, dafür zu sterben?

Es ist ein Anschlag gegen den sozialen Einfluss der vernünftigen Mehrheit. Es ist eine Verschiebung gesellschaftlicher Normen. So wie die AfD die Grenzen des Sagbaren ausdehnt und dadurch ein Klima schafft, in dem auch extreme Taten wahrscheinlicher werden, geschieht es auch in den Kreisen der radikalen Verschwörungsgläubigen. Die Grenzüberschreitung, die Umsetzung der oft herbeifantasierten Tat, war eine absehbare Folge der radikalen Hetze.

Einem jungen Mann wurde das Lebensrecht abgesprochen, weil er die Einhaltung von Regeln in seinem Verantwortungsbereich sicherstellen wollte. Es ging um das kurzzeitige Aufsetzen einer Maske. Das reicht schon, um einen verirrten Querdenker zur Tatwaffe greifen zu lassen.

Menschen zu töten ist aber nicht so leicht, deshalb ist Mord auch ein seltenes Delikt. Die Hemmschwelle zu überwinden, einem Mitmenschen das Leben zu nehmen, muss im Kopf vorbereitet sein. Das Opfer muss zum Feind, zum Gegner, zum Unwerten gemacht werden. Genau dies ist die Wirkung der konstanten Fehlinformationen, Propaganda und Hasstiraden in einschlägigen Chatgruppen.

Es wurden vielfach gesellschaftliche Normen verschoben in den letzten Jahren. Oft fehlte lauter und entschiedener Widerspruch. Die AfD durfte ein Tabu nach dem anderen brechen. Das Chemnitzer Verwaltungsgericht ließ jüngst Plakate hängen, die sich als Mordaufruf lesen.

## Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Oktober Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 01.10. Heidi Kaspar  
77 Jahre
- 01.10. Jürgen Sigwart  
77 Jahre
- 05.10. Udo-Helge Suppan  
80 Jahre
- 06.10. Mahmut Cem Basak  
70 Jahre
- 08.10. Herta Marhoff  
84 Jahre
- 08.10. Jürgen Tendel  
82 Jahre
- 17.10. Doris Klein  
76 Jahre
- 20.10. Marianne Benz  
84 Jahre
- 26.10. Gerhard Trescher  
78 Jahre



- 26.10. Johann Hauer  
65 Jahre
- 28.10. Alfred Opitz  
84 Jahre

Jetzt verschiebt dieser Täter wieder Normen. Selbst wenn er für 15 Jahre hinter Gitter kommt, wird die Angst vor ähnlichen Taten bleiben. Es werden seltener gemeinschaftliche Regeln verteidigt, der Widerspruch schwächt sich weiter ab. Damit entsteht der Eindruck, es wäre nicht so wichtig, ob man Regeln einhält oder nicht. Dies zieht wiederum mehr Verstöße nach sich, wodurch sich der Verstoß allmählich „normalisiert“. Unabhängig von der juristischen Aufarbeitung des Falles ist dieser gesellschaftliche Effekt bereits losgetreten. Die Wahl zu gewinnen ist also nur die nächste Hürde. Gut, wenn wir sie erfolgreich nehmen. Doch danach muss der Einsatz für den Erhalt unserer demokratischen Grundordnung vervielfacht werden.

## Stadtratsfraktion: Information und Austausch

Weiterhin bieten wir euch ein digitales Fraktionsgespräch an. Der nächste Termin wird der 11.10.2021 sein. Wir treffen uns 17 - 18 Uhr online. Bitte meldet euch dafür bis zum 11.10., 12 Uhr bei Katja im Fraktionsbüro an, um den Zugangslink zu erhalten.

Außerdem ermöglichen wir den Genossinnen und Genossen des Kreisverbands eine Teilnahme an unseren Fraktionsitzungen (mit Ausnahme nicht-öffentlicher Punkte). Die Sitzungen finden in der Regel montags um 19:00 bzw. 19:30 in der Schuhstraße 40 statt.

Wenn ihr an einer Sitzung teilnehmen möchtet, ist eine Anmeldung bis jeweils montags, 12 Uhr im Fraktionsbüro bei Katja erforderlich. Ihr erhaltet dann die Tagesordnung. Wenn ihr vorab Punkte habt, die ihr gerne ansprechen möchtet, dann meldet sie bitte mit eurer Anmeldung an, damit wir sie in der Tagesordnung berücksichtigen können.

Barbara Pfister  
Fraktionsvorsitzende  
barbara.pfister@fen-net.de  
Tel. 502481

Katja Rabold-Knitter  
Geschäftsführerin  
spd.fraktion@stadt.erlangen.de

## Die Deutschen sind auf den Hund gekommen

■ Von Stefan Barth

Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hat angeordnet, dass man mit Hunden zweimal am Tag mindestens eine Stunde Spaziergehen muss. Leider gilt diese Anordnung nicht für die Massentierhaltung und Schweine in Kastenständen. Diese sind weiter zur Unbeweglichkeit verurteilt, dem Bauernverband sei es geschuldet. 21 % jener Schweine, die in Nutztierbetrieben lebendig zur Welt kommen, sterben noch vor der Schlachtung. In Zahlen sind das jährlich 13,6 Millionen Schweine. Zum Vergleich: Dies entspricht der Zahl aller

Katzen, die in allen deutschen Haushalten leben. In der Massentierhaltung leben und sterben allein in Deutschland etwa 763 Mio. Tiere pro Jahr (Stand 2019) – exkl. Fische und Krebstiere.

Die Hundepromenaden in Erlangen sind der Steinforstgraben, der Holzweg, der Kanal und das Landschaftsschutzgebiet Regnitzwiesen. Auch der kleine Weiher bei der Realschule West dient dazu, wenn auch aus anderen Gründen. Der Holzweg hatte einst eine schützenswerten Magerrasen in dem Nelken blühten. Obwohl die Naturschutzwächterin die Hundebesitzer darauf hinwies diese Wiese nicht als Hundeklo zu benutzen, half alles nichts. Der Magerrasen ging durch die vielen Hundekot kaputt. Alle Hundepromenaden dienen auch gleichzeitig als Hundeklo, weil manche Hun-

debesitzer der irrtümlichen Meinung sind Hundekot sei Dinger. Obwohl man verpflichtet ist die Hunde-Hinterlassenschaft in ein Plastiktütchen zu tun und zu entsorgen, finden die meiste Hundebesitzer während der Hundesitzung eine Ablenkung indem sie auf das Smartphon starren oder versuchen am helllichten Tag Sterne am Himmel auszumachen und so nichts gesehen haben wollen.

Hundekot auf der Regnitzwiese ist nicht nur unappetitlich, sondern auch ungesund für Weidetiere. Das liegt in erster Linie am Krankheitserreger Neospora Caninum, den Hunde über den Kot ausscheiden. Sollten Weidetiere Hundekot über das Futter aufnehmen, kann es zu einer Infektion kommen. Der Schäfer ist mit seinen Schafen inzwischen fort, nicht zuletzt wegen der Spaziergänger mit Hunden. Die Wiese wird zwar nicht mehr beweidet, aber das Gras wird gemäht und dient nach wie vor als Futter. Infizierte Rinder bleiben das auch ihr

Leben lang. Auch deren Nachwuchs ist mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit ebenfalls infiziert. Langfristig solle man deshalb über die Abschaffung dieser Tiere nachdenken

Am meisten leidtun können einem die wenigen Fische und Enten im Teich an der Realschule West. Das Ufer des Weihers dient als Hundeklo. Bei Regen wird der Hundekot in den Teich gespült. Spricht man Hundehalter darauf an so wird einem frech geantwortet, das ginge einen nichts an.

Ich bin bei der Fahrt in die Stadt auf dem Fahrradweg in der Regnitzwiese vier kleinen Entchen begegnet. Sie watschelten ohne ihre Entenmutter über den Radweg und verschwanden im Gebüsch. Nicht auszudenken was passiert wäre, wenn sie einem Hund begegnet wären.

In Deutschland gibt es inzwischen über 10 Millionen Hunde, Tendenz steigend. Gerade während der Pandemie nahm die Zahl zu. Viele Menschen meinten der Einsamkeit dadurch zu entkommen indem sie sich einen Hund anschaffen. Dabei haben sich viele unüberlegt einen Hund angeschafft und kommen mit dem Tier nicht zurecht. Sie haben nicht bedacht, dass der Hund feste Strukturen braucht. Man muss ihm seine Grenzen aufzeigen können. Dabei ist der Mensch der Ranghöhere, der entscheidet. Die Folge: Der Hundehalter kommt mit dem Tier nicht zurecht und gibt ihn im Tierheim ab. Einige Tierheime sind schon am Limit und nehmen keinen Hund mehr an. Hinzu kommen noch die verbotenen Transporte von Welpen aus Südosteuropäischen Ländern, die vom Zoll entdeckt auch im Tierheim landen. Es ist traurig, dass in einem wohlhabenden Land Menschen für ihr Seelenheil die Nähe eines Hundes brauchen.

Ein Durchschnittshund scheidet über seine 13 Lebensjahre rund eine Tonne Kot und knapp 2000 Liter Urin aus – mit signifikanten Folgen für die Umwelt. Etwa 8,2 Tonnen CO2 stößt ein 15 Kilogramm schwerer Hund im Laufe von durchschnittlich 13 Lebensjahren aus. Das entspricht 13 Hin- und Rückflügen von Berlin nach Barcelona oder der Produktion einer Mittelklasse-Limousine. Dabei flossen sowohl die Rohstoffe für das Futter und die Ressourcen für dessen Herstellung sowie die Ressourcen für die Verpackung des Futters und seines Transportes in die Berechnungen mit ein.

Es gibt bereits Hundebekleidungen

wie Hundemäntel, Hundewesten, verschiedene Wintermäntel, Regenmäntel, Hundepullover. Hundebetten, Ersatzbezüge, Kuschkissen, Hundedecken, Hundespielzeug, usw. sowie Hochwirksame Pfoten Pflege, Effektive Zahnpflege, Sanfte Augen- und Lidreinigung, natürliche Pflege für Hundehören usw. Es gibt Hundefriseursalons, Hundehotels, Hundepensionen und Hunde-Standkörbe für bis zu 1400,- €.

Am Lebensende bekommt der Hund evtl. eine Anonyme Bestattung, Feuer-

bestattung Erdbestattung oder Seebe-  
stattung ab 444,- €

Viele Kinder aus ärmeren Familien würden sich so ein Hundeleben wünschen. Mehr als jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf. Das sind 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die Kinder- und Jugendarmut verharret seit Jahren auf diesem hohen Niveau. Und die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.



## Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen  
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Beratungstermine

**Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:**

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

**Wir bieten**

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

## Entsorgung von Zigarettenkippen (Septemberausgabe 2021 von Stefan Barth)

■ Von Peter Schmidt

Ich würde gerne ein paar Gedanken zu einem Artikel im Monatsspiegel September einbringen - sozusagen aus dem Bauch gesprochen (Grüße an Monika)

1. Es ist auf jeden Fall eine tolle Sache, wenn sich Genossen und engagierte Bürgerinnen und Bürger in ihrer Freizeit engagieren und achtlos weggeworfene Zigarettenkippen aufsammeln und fachgerecht entsorgen.
2. Es ist völlig unstrittig, dass von Zigarettenfiltern Giftstoffe in den Boden und über Wasser auch weiter in die Umwelt gelangen und dabei sehr schädliche Wirkungen entfalten.
3. Es ist sehr zu unterstützen, dass mehr Öffentlichkeitsarbeit angemahnt wird, um an dieser Stelle Verhaltensänderungen bei Raucherinnen und Rauchern herbeizuführen.
4. Auch Firmen, die sich dem Thema annehmen und intelligente Sammelgefäße anbieten, sind unterstützenswert. Auch gut durchdachte Weiterverarbeitungsschritte von Kippen können sinnvoll sein.

Aber die Behauptung, dass eine Firma, die den gesammelten Zigarettenkippen die Giftstoffe entzieht und daraus dann Nutzbares herstellt, so eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit löst, müsste etwas genauer erklärt und mit Informationen unterlegt werden, um glaubhaft zu sein. Denn so einfach kann das nicht sein. Zumal angeblich - laut dem Artikel im Monatsspiegel - Zigarettenkippen sogar Sondermüll wären und nicht mal in Müllverbrennungsanlagen entsorgt werden dürften. So zumindest die Behauptung in dem Artikel, die sich offenbar aus Veröffentlichungen der Firma speisen.

In einem sehr sachlichen und gut recherchierten Artikel über das Thema findet man im Internet allerdings auch folgende Informationen (Quelle <https://www.quarks.de/umwelt/muell/auswirkungen-der-zigarettenkippen-auf-die-umwelt/>):

„Kippen gehören in den Restmüll. Denn dann können sie mit anderen Siedlungsabfällen in dafür zugelassenen Restabfall-Behandlungsanlagen entsorgt oder in Müllverbrennungsanlagen energetisch verwertet werden. „Weitere negative Umweltfolgen entstehen diesbezüglich nicht“, so die Bundesregierung. Die Probleme entstehen also erst,

wenn die Kippen achtlos weggeworfen werden.“

Dies wird auch die Argumentation des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft sein, die zusammen mit der Abfallberatung im Amt für Umweltschutz (ein „Amt für Abfallberatung“ gibt es nicht in Erlangen) in der Stadtverwaltung die Maßnahmen umsetzen wird, die auf Antrag der SPD 2020 beschlossen wurden.

Unter anderem werden bessere Aschenbechersysteme und eine begleitende Öffentlichkeitskampagne das Ziel haben, bei Raucherinnen und Rauchern das achtlose Wegwerfen von Kippen zu ächten und stattdessen die Entsorgung in den Restmüll und damit in die Müllheizkraftwerke Bamberg und Coburg zu erreichen. Diese Anlagen sind mit hochwertigen Rauchgasreinigungsanlagen ausgerüstet und bei den Temperaturen in einer solchen Anlage werden komplexere organische Moleküle zerstört und so kommen die meisten toxischen Anteile von Zigarettenkippen gar nicht erst bis zu den Filtern. Schwermetalle werden gefiltert und gelangen ebenso wenig in die Luft.

Genossinnen und Genossen, denen das Thema wichtig ist, sind herzlich eingeladen, an der inhaltlichen Gestaltung der Kampagne mitzuwirken. Auch gegen eine Zusammenarbeit mit Firmen wie der im Artikel von Stefan Barth genannten spricht nach meiner Einschätzung nichts. Gehen wir gemeinsam das Thema an.

### Aus dem Bauch gesprochen

## „Vielleicht ist „man“ sich zu sicher“ ???

■ Von Monika Fath-Kelling



Vielleicht sind sich aber auch nur unsere politischen „Entscheider“ zu sicher. Zu sicher, dass ihre spezielle Sicht, und damit die politisch aus dieser Sicherheit

generierten Verordnungen, die einzig „ethisch-moralisch vertretbare Sicht“ auf den Umgang mit COVID19-Infektionen ist.

Politik und Medien „fragen“ penetrant unisono, ob man mit dem Virus leben KANN, oder es eliminieren muss. Die Antwort „eliminieren“ wird natürlich vorgegeben. Wer anderes denkt oder gar sagt, liegt bestenfalls falsch, schlechte-

stenfalls ist man ein querdenkender, unsolidarischer, rechter Schädling der Volksgesundheit.

Dabei kann es naturgemäß über diese Frage gar keine Debatte geben, die Antwort ist eine entwicklungsgeschichtlich feste Größe: Mann oder Frau MUSS mit dem Erreger leben, so wie wir mit bisher allen aufkommenden Keimen, Viren, Krankheiten evolutionär leben ge-

lernt haben. Selbstverständlich wird der Mensch, ähnlich wie es früher bei der Landgewinnung in der norddeutschen Tiefebene „Deichen oder Weichen“ hieß, immer versuchen, den Umgang mit Meer, Lebensumständen inklusive Krankheitserregern für sich halbwegs bekömmlich zu gestalten. Mehr ist nicht drin!

Sagen die Einen, das ist zu wenig, sagen die Anderen. Die sollten damals halt in die Berge oder sonstwohin „weichen“, aber da gab es dann andere lebensgefährliche Herausforderungen...

So, und da wären wir direkt am Knackpunkt der heutigen Geschichte: Wo sollen in der derzeitigen „Debatte“ diejenigen hin, die nach der aktuellen Studienlage die offiziellen Einschätzungen der Politik nicht teilen? Die es für durchaus vertretbar halten, dass Menschen, die willentlich auf den angebotenen Impfschutz verzichten, erkranken. Auch wenn sie dann womöglich viele „Lebensjahre verlieren“ (vulgo: sterben) Viele verlieren derzeit ja auch Lebensjahre durch Dinge, die politisch umstandsloser abzustellen wären. Um nur ein paar willkürliche Beispiele zu nen-

nen:

- Patienten, die an Superkeimen versterben, weil in der Tiermast Reserveantibiotika verwendet werden dürfen.
- Menschen und Lebewesen die durch die Pestizidpolitik der Agrarministerien zu Tode oder schweren Schäden kommen.
- Radfahrer, die wegen fehlender Abbiegeassistenten bei LKWs unter die Räder kommen.
- Menschen, die durch Westliche-Werte-Waffensysteme in die Luft gejagt werden....

**Verdienen COVID19-Opfer moralisch höherwertigen Schutz als jene?**

Warum wird immerzu die „Moral“ bemüht und nicht praktische Untersuchungen und Denkansätze in den Focus gestellt! Ich vermisse in der öffentlich-rechtlichen Darstellung:

- vergleichende wissenschaftliche Untersuchungen über die Örtlichkeiten und die Umstände der Ansteckung mit COVID19.
- Untersuchungen zur Wirksamkeit der

Instrumente zur COVID19-Bekämpfung wie Masken: wenn ja welche und wo werden sie sinnvollerweise getragen? Aber bitte nur rein epidemiologische Gesichtspunkte und nicht „erzieherische“, oder gar nach dem Lagerbestand.

- Tests: Abwägung von Kosten und Nutzen für die Allgemeinheit, keinesfalls im Sinne von gesundheitspolitisch erhofftem Nutzen als Erpressungspotential.
- Kontaktnachverfolgung und Einhaltung der Quarantäne-Anordnungen: Ist eine solche unter den derzeitigen politischen und ausstattungs-basierenden Gegebenheiten überhaupt leistbar?
- Impfung: eine offene Kommunikation über die verschiedenen Impfstoffe, deren Schutzdauer, Nebenwirkungen. Welcher Impfstoff wäre für welche Bevölkerungsgruppe/Befindlichkeit am Besten geeignet. Erörterung der Sinnhaftigkeit von Kinderimpfungen, welche Alterskohorten von Kindern sollten mit welchem Impfstoff geimpft werden ...
- Bettenzahlen und Intensivbehand-




sparkasse-erlangen.de/giro

**Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!**

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag<sup>1</sup>.

Mit der Sparkassen-Card überall bequem bezahlen und an rund 23.500 Sparkassen-Geldautomaten in Deutschland und vielen weiteren Geldautomaten weltweit Geld abheben.

<sup>1</sup> Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag, Stand 03/2021

 **Stadt- und Kreissparkasse**  
Erlangen Höchststadt Herzogenaurach



lung: können sie überhaupt als Richtgröße für Grundrechtswegnahmen herangezogen werden, solange sich Kliniken ihre 75% Richtgröße für Überlastung bedarfsgerecht hinrechnen dürfen?

Anstelle dessen geht ein Bombardement von Furchtappellen und Verlust-Frames auf die Bürger nieder. Ich zitiere die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung:

Gut dosierte Furchtappelle und Verlust-Frames sind geeignete Appellformen, um die Zielgruppe im Kontext der Corona-Pandemie effektiv anzusprechen. Um Boomrangeffekte wie Reaktanz zu vermeiden sollen Risikobotschaften (Furchtappelle und Verlust-Frames) mit

sachlichen Infos (Wissenssteigerung) kombiniert werden, um so die wahrgenommene Bedrohung zu erhöhen und gleichzeitig die Selbstwirksamkeit zu steigern.

Veröffentlicht wird mittlerweile ja Alles irgendwo, ohne zwischen „Glauben“, „Wissen“ oder Verbands-Lobbyismus zu unterscheiden. Vor allem lassen die politischen Entscheidungen, die aus dieser medialen Suppe destilliert werden, jede logische Nachvollziehbarkeit vermissen. Da darf jeglicher Politiker und Verbandsvertreter sich medial austoben, egal wie sinnig und mit welchen Folgen für die Allgemeinheit.

Nach einem in jeder Hinsicht „bedenklichen“ privatem Erlebnis am Einschul-

ungstag meiner Enkeltochter möchte ich abschließend noch anfügen:

Solange Schüler\*innen im Ganztagsbetrieb ab dem 1. Schuljahr bis zu 8 Stunden Masken tragen müssen, drinnen, sowie draußen in den Pausen, Kinder an ihrem 1. Schultag weder ihre Lehrerin noch ihre Klassenkamerad\*innen wenigstens für eine kurze Zeitspanne von Angesicht zu Angesicht sehen dürfen und das mit „epidemiologiekorrekt COVID19-Bekämpfung“ begründet und durchgesetzt werden kann, finde ich für diese Maßnahmen nur einen Begriff: PERVERS!

Aber für diese Meinung lasse ich mich weder in eine „moralisch bedenkliche“ noch in die Rechte Ecke zwingen.

---

## Frieden und Sicherheit II: friedens- und sicherheitspolitischer Kompass

■ Von Mark Schuster



„Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist nichts alles.“ Wohl kaum ein Zitat von Willy Brandt bringt die Bedeutung von Frieden besser und treffender auf den Punkt. Frieden ist die Vorbedingung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Grundwerte und Grundrechte, die nicht nur auf nationaler Ebene zu schützen sind, können nur in einer Gesellschaft zum Tragen kommen, die nicht von Krieg, Terror und der Angst um das Überleben gezeißelt wird. Aber wie kann Frieden erreicht werden? Wie kann Frieden gesichert werden? Kann auch Unfrieden nötig sein, um Frieden zu stiften? Diese Fragen gehören zu den großen, grundlegenden Fragen der Politik. Es sind Fragen, die auch unter den Vertreter\*innen

der Sozialen Demokratie oft heftig umstritten waren und immer noch sind.

Als der Kalte Krieg gewaltlos endete, war die Hoffnung auf eine friedlichere Welt groß. Erfüllt hat sie sich leider nicht. Jugoslawien, Ruanda, Irak, Afghanistan, Ukraine, Libyen, Syrien, Somalia – die Namen dieser Staaten haben wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten oft in den Nachrichten gehört. Jeder dieser Namen steht für einen gewaltsamen Konflikt, der vielen Menschen das Leben gekostet hat.

Mit jedem Krieg oder Konflikt stellen sich die Fragen: Wie kann er vermieden, wie eingedämmt werden? Wie können zivile Opfer vermieden werden? Welchen Betrag kann und sollte die deutsche Außenpolitik leisten? Kann und sollte die Bundeswehr einen Beitrag leisten? Wie können die Staaten nach einem Ende der Gewalt neu aufgebaut und Mechanismen zur Konfliktlösung gestärkt werden? Einfache Antworten auf diese Fragen fallen schwer. Die Welt ist seit

1989 komplexer und unüberschaubarer geworden. Viele Konflikte finden parallel statt. Wünschenswerte vorbeugende Maßnahmen sind oft langfristiger Natur, die Herausforderungen eines militärisch eskalierten Konflikts aber stets akut. Sowohl aktives Handeln als auch abwartendes Verhalten sind meist mit Nachteilen behaftet, beides aber sicher schwer abschätzbar und folgenreich.

Wie kann aufbauend auf den im Juli vorgestellten Theorien und Begriffen ein friedens- und sicherheitspolitischer Kompass der Sozialdemokratie beschrieben werden? Fest steht, dass sich ein friedens- und sicherheitspolitischer Kompass von den Grundwerten der Sozialdemokratie ableiten und auf den Grundrechten aufbauen muss.

### Grundwerte

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie sind das Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit,

Maßstab für eine bessere Gesellschaft und Orientierung für das Handeln. Dabei bilden diese drei Grundwerte eine Einheit. Sie sind gleichwertig und bedingen, stützen und ergänzen einander. Freiheit bedeutet, die Möglichkeit zu haben, selbstbestimmt zu leben. Die globale Umsetzung dieses Grundwertes wird in Gestalt der politischen Menschen- und Bürgerrechte von der Völkergemeinschaft weitestgehend akzeptiert und in einem stärkeren Maße umgesetzt. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) oder die EMRK. Von besonderer Bedeutung ist, dass die

davon abhängig sein, was es überhaupt zu verteilen gibt und an wen. Innerhalb der Nationalstaaten sind zwar unterschiedliche Formen von Gerechtigkeit wie Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern oder soziale oder juristische Gerechtigkeit weitgehend als politische Ziele anerkannt, dies verpflichtet sie jedoch nicht zu Leistungen zwischen den Staaten. Gerechtigkeit spielt im Verhältnis der Staaten untereinander keine bestimmende Rolle. Solidarität ist dagegen die freiwillige Bereitschaft, für andere einzustehen und mit anderen für das gleiche Ziel zusammenzuarbeiten. Solidarität ist der

diejenigen Menschen auf der Welt, die unter Not, Hunger und Armut leiden. Das Eintreten für die Benachteiligten im Rahmen der internationalen Solidarität entspricht nicht nur dem Menschenbild der Sozialdemokratie, sondern hat auch ganz konkrete außen- und sicherheitspolitische Gründe. Nicht zuletzt die vergangenen Jahre haben immer wieder deutlich gemacht, dass der ungleiche Zugang zu Ressourcen Konflikte und Gewalt mitverursacht.

**Grundrechte**

Grundwerte bewegen sich auf einem hohen Abstraktionsniveau. Es ist schwie-



Einhaltung der Menschenrechte weltweit eingeklagt werden kann. Im Gegensatz zur Freiheit ist Gerechtigkeit ein relativer Begriff. Bestimmte Freiheitsrechte kann man weitgehend unabhängig von der konkreten Situation formulieren. Bei Gerechtigkeit geht es stets um die Frage von materiellen oder immateriellen Gütern und Zugangschancen. Die Frage einer gerechten Verteilung wird daher immer sehr konkret

Wert, in dessen Geist sich Menschen über das gesetzliche Geregelte hinaus füreinander einsetzen. In den internationalen Beziehungen gibt es in vielen Fragen keine rechtlichen Regelungen, die auch tatsächlich durchgesetzt werden können. Die Bereitschaft zu internationaler Solidarität in Fragen von Wirtschaft, Handel, Finanzen, Technologie und in der Entwicklungszusammenarbeit ist daher existenziell für

rig, aus ihnen konkrete Politik abzuleiten. Zudem werden die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität von unterschiedlichen Strömungen sehr unterschiedlich gefüllt. Daher ist es sinnvoll, politisches Handeln neben Grundwerten zusätzlich auf ein breiteres und verbindlicheres Fundament zu stellen. Auf globaler Ebene bilden dieses Fundament vor allem die AEMR und die Internationalen Pakte

über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte. Diese in den universal geltenden sowie völkerrechtlich anerkannten UN-Dokumenten festgeschriebenen Grundrechte sind eine wichtige Säule für die Formulierung außen- und sicherheitspolitischer Prinzipien in der Sozialdemokratie.

Auf der europäischen Ebene gibt es mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zwei weitere Quellen, in denen Grundrechte niedergelegt sind. Wie bei der AEMR und den UN-Pakten ist auch die rechtliche Wirkung der EMRK und der Grundrechtecharta eingeschränkt und nicht mit der Bedeutung der Grundrechte des deutschen Grundgesetzes für das deutsche Rechtssystem vergleichbar.

Der Anspruch der Sozialdemokratie ist es jedoch, die Kluft zwischen formaler Geltung und realer Wirkung zu überwinden und den in den UN-Pakten und europäischen Dokumenten beschriebenen Grundrechten Bedeutung zu verschaffen.

### **Friedens- und sicherheitspolitische Prinzipien**

Als Prinzip versteht man eine feste Regel, die jemand zur Richtschnur seines Handelns macht und durch die er sich in seinem Denken und Handeln leiten lässt. Die friedens- und sicherheitspolitischen Prinzipien der Sozialdemokratie leiten sich von den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ab. Ihren Ausdruck finden diese Prinzipien nicht nur in den programmatischen Texten der Sozialdemokratie, sondern auch im konkreten politischen Handeln.

Die Frage lautet, ob es außen- und sicherheitspolitische Prinzipien der Sozialdemokratie gibt, die sich jenseits konkreter Situationen benennen lassen. Mein Vorschlag:

- 1 Legalität, d.h. die Bindung außen- und sicherheitspolitischen Handelns an geltendes Völkerrecht bzw. völkerrechtliche Verträge
- 2 Kooperation, d.h. die Schaffung verbindlicher Strukturen, mit Rechten und Pflichten in Regimen auf verschiedenen Politikfeldern (bspw. NATO, Atomwaffensperrvertrag, UN-Menschenrechtspakete)
- 3 Internationale Solidarität, d.h. die freiwillige Bereitschaft, für andere einzustehen und mit anderen für das

gleiche Ziel zusammenzuarbeiten. Im globalen Kontext spielt der Grundwert Solidarität insb. in Gestalt der zwischenstaatlichen Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Finanzen und Technologie sowie in Gestalt der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle

- 4 Vorbeugung, d.h. die frühzeitige und gezielte Investition in Frieden und Stabilität statt eines verspäteten Eingreifens. Dieser Idee folgte etwa der im Jahr 2004 von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedete Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. 2017 wurden die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ als Nachfolger des Aktionsplans verabschiedet.
- 5 Abrüstung und Entspannung, d.h. Diplomatie immer den Vorrang vor Gewalt zu geben und auf einer restriktiven Waffenexportpolitik zu bestehen, u.a. bedeutet das: keine Waffenexporte in Krisengebiete.

### **Elemente eines friedens- und sicherheitspolitischen Kompasses**

Auf die Frage eines Journalisten, was Regierungen am ehesten vom Kurs abbringe, soll der ehemalige britische Premierminister Harold Macmillan einmal gesagt haben: „Ereignisse, mein Junge, Ereignisse“. Man kann mit Bestimmtheit sagen, dass gerade die Außen- und Sicherheitspolitik ein Politikfeld ist, auf das dieses Zitat in besonderer Weise zutrifft. Auch die Akteure der Sozialdemokratie mussten ihren konkreten sicherheitspolitischen Kurs in den vergangenen über 154 Jahren nach einschneidenden Ereignissen immer wieder neu bestimmen.

Grundlage für jede neue Kursbestimmung war und ist dabei aber ein unveränderlicher Wertekompass, der auf die drei Grundwerte der Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geeicht ist.

Folgt man diesem Kompass, wird jedoch schnell deutlich, dass sich Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der internationalen Politik nicht allein mit Mitteln der Außenpolitik (Diplomatie) und Sicherheitspolitik (Militär), sondern auch der Entwicklungspolitik realisieren lassen.

Auch andere Politikbereiche wie Handels-, Umwelt- und globale Steuerpolitik müssen im Rahmen eines vernetzten

Ansatzes zusammengedacht und -gebracht werden, um unbeabsichtigte negative Wirkungen soweit möglich zu vermeiden und die positiven strukturellen Wirkungen zu stärken. Hierzu bedarf es einer offenen Diskussion über mögliche Zielkonflikte.

Für die Ableitung konkreten politischen Handelns bedarf es weiterer Ankermarken. Einer dieser Ankerpunkte ist beschriebene Friedensbegriff der Sozialdemokratie. Ein anderer Ankerpunkt ist der ebenso beschriebene umfassende Sicherheitsbegriff, der Grundlage der internationalen Politik der Sozialdemokratie ist und neben außen- und sicherheitspolitischen Aspekten auch wirtschaftliche, entwicklungspolitische und ökologische Aspekte mit einschließt.

Schließlich kann man den Korridor festlegen, innerhalb dessen sich die Soziale Demokratie in Bezug auf ihr Leitbild bewegt. Obwohl die Sozialdemokratie keine pazifistische Strömung ist, wäre es aufgrund des beschriebenen Wertekanons umgekehrt nicht denkbar, dass sie sich für eine Militärmacht Deutschland einsetzen würde. Vielmehr bewegt sie sich im Bereich des Leitbildes „Zivil- bzw. Friedensmacht“.

Ein militärischer Auslandseinsatz kann aus Sicht der Sozialdemokratie nur auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen, der EU oder NATO erfolgen, muss vom Parlament bestätigt werden und sollte realistischen Zielen im Rahmen eines politischen Gesamtansatzes folgen. Dies beinhaltet die Einsicht, dass die Wirksamkeit des (militärischen) Handelns durch unabhängige Evaluierungen überprüft werden muss. Weiterhin gehört dazu auch, im Vorfeld von Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine öffentliche Diskussionen u. a. über Entscheidungskriterien, politische Ziele bzw. eine Gesamtstrategie sowie Erfolgsbedingungen und Wirksamkeit des Instrumentariums offensiv zu führen.

### **Redaktionsschluss**

für den nächsten Monatsspiegel  
November 2021  
**20. Oktober 2021**

# Frieden und Sicherheit III: Frieden schaffen – Strategien und Ansätze

■ Von Mark Schuster



„Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist nichts alles.“ Wohl kaum ein Zitat von Willy Brandt bringt die Bedeutung von Frieden besser und treffender auf den Punkt. Frieden ist die Vorbedingung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Grundwerte und Grundrechte, die nicht nur auf nationaler Ebene zu schützen sind, können nur in einer Gesellschaft zum Tragen kommen, die nicht von Krieg, Terror und der Angst um das Überleben gezeißelt wird. Aber wie kann Frieden erreicht werden? Wie kann Frieden gesichert werden? Kann auch Unfrieden nötig sein, um Frieden zu stiften? Diese Fragen gehören zu den großen, grundlegenden Fragen der Politik. Es sind Fragen, die auch unter den Vertreter\*innen der Sozialen Demokratie oft heftig umstritten waren und immer noch sind. Als der Kalte Krieg gewaltlos endete, war die Hoffnung auf eine friedlichere Welt groß. Erfüllt hat sie sich leider nicht. Jugoslawien, Ruanda, Irak, Afghanistan, Ukraine, Libyen, Syrien, Somalia – die Namen dieser Staaten haben wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten

oft in den Nachrichten gehört. Jeder dieser Namen steht für einen gewaltvollen Konflikt, der vielen Menschen das Leben gekostet hat. Mit jedem Krieg oder Konflikt stellen sich die Fragen: Wie kann er vermieden, wie eingedämmt werden? Wie können zivile Opfer vermieden werden? Welchen Betrag kann und sollte die deutsche Außenpolitik leisten? Kann und sollte die Bundeswehr einen Beitrag leisten? Wie können die Staaten nach einem Ende der Gewalt neu aufgebaut und Mechanismen zur Konfliktlösung gestärkt werden? Einfache Antworten auf diese Fragen fallen schwer. Die Welt ist seit 1989 komplexer und unüberschaubarer geworden. Viele Konflikte finden parallel statt. Wünschenswerte vorbeugende Maßnahmen sind oft langfristiger Natur, die Herausforderungen eines militärisch eskalierten Konflikts aber stets akut. Sowohl aktives Handeln als auch abwartendes Verhalten sind meist mit Nachteilen behaftet, beides aber sicher schwer abschätzbar und folgenreich. Frieden kann man stiften. Er muss und kann erarbeitet und gesichert werden. Das ist eine Erkenntnis, die sich aus dem friedens- und sicherheitspolitischen Kompass der Sozialdemokratie ergibt. Darauf aufbauend wird hier skizziert, welche Elemente eine Friedensstrategie der Sozialdemokratie beinhalten muss.

## Bausteine einer internationalen Friedensstrategie der Sozialdemokratie

Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen in Europa und andernorts ist klar, dass weder der weltweit zu beobachtende Rückfall in Nationalismus und Autoritarismus noch das Verständnis von internationaler Politik als Nullsummenspiel irgendeines der globale Probleme dieser Welt werden lösen können. Im Gegenteil: Die Auslagerung bzw. Exterritorialisierung dieser Herausforderungen wird deren Auswirkungen, die die Ärmsten und Schwächsten dieser Welt treffen, allenfalls regional verlagern, mittelfristig jedoch für Menschen verschlimmern – mit unkalkulierbaren Folgen. Daher muss eine internationale Friedensstrategie der Sozialdemokratie multilateral angelegt sein.

Angesichts einer Welt, die „aus den Fugen zu sein scheint“ (Frank-Walter Steinmeier), wird ein bloßes „Weiter so“ in der nationalen und internationalen Politik jedoch nicht genügen. Demokratie- und Wirkungsdefizite z. B. bei den Vereinten Nationen müssen mittelfristig behoben werden. Auch wird zu diskutieren sein, welchen globalen Werten wir uns als Deutsche, Europäer, westliche Verbündete oder als Weltgemeinschaft verbunden fühlen.

Es wird deshalb in Zukunft auch verstärkt darauf ankommen, außenpoli-



tisches Handeln gegenüber der eigenen Bevölkerung zu erklären und zur Diskussion zu stellen. Auch hierbei hilft der Kompass, Standpunkte und Argumente zu entwickeln und zu schärfen. Denn es bleibt letztlich die Einsicht, dass es nie die eine Strategie geben wird, die auf alle Krisensituationen und Gewaltkonflikte passt. Vielmehr geht es darum, je nach Kontext den richtigen Mix von Politikansätzen und Instrumenten zu identifizieren. Hierzu braucht es ein strategisches Gesamtkonzept, das Werte und Interessen, Ziele und Prioritäten deutschen Handelns bestimmt und mit konkreten Umsetzungsschritten unterlegt.

Denn Frieden kann man stiften. Externe Akteure können jedoch allenfalls unterstützen und Rahmenbedingungen positiv beeinflussen. Denn letztlich hängt es von dem politischen Willen der lokalen und regionalen Akteure ab, Frieden vor Ort zu erarbeiten und nachhaltig zu sichern. Auch dies ist eine Erkenntnis, die sich aus dem friedens- und sicherheitspolitischen Kompass der Sozialen Demokratie ergibt.

Daher möchten wir an dieser Stelle drei Handlungsfelder bzw. Ansatzpunkte/Bausteine benennen, die aus Sicht der Sozialdemokratie besonders relevant sind, um Frieden und kollektive Sicherheit global zu fördern:

- a zivile Krisenprävention und Friedensförderung
- b Entspannungspolitik, Abrüstung und Nichtverbreitung von Waffen
- c globale Gerechtigkeit und internationale Entwicklungszusammenarbeit

### **Zivile Krisenprävention und Friedensförderung**

Internationale Bemühungen um Frieden und Sicherheit müssen den Krisenmodus verlassen, der allzu oft einen starken Fokus auf militärische Ansätze legt oder der Komplexität der Realität vor Ort nicht gerecht wird. Oft werden „Top-down“-Entscheidungen gefällt, die die Erfahrungen vergangenen Krisenmanagements nicht berücksichtigen. Dabei haben die Interventionen in Afghanistan und Libyen gezeigt, dass militärische Interventionen zur Schaffung von Stabilität und zur Staatsbildung zu kurz greifen: Weder innerstaatliche Konflikte noch Konflikte zwischen Staaten können durch militärische Interventionen langfristig gelöst werden. Letztere können einen Waffenstillstand erzwingen, der Konflikt selbst aber muss durch

Verhandlungen und Vereinbarungen gelöst werden. Deshalb haben die zivile Krisenprävention vor dem Ausbruch von Gewalt und die Konfliktbearbeitung während und nach Beendigung der Gewalt für die Förderung von Frieden und Sicherheit weltweit eine besonders hohe Bedeutung und sollten als strategische Querschnittsaufgaben in der deutschen Politik verankert werden.

Die Friedensförderung nach außen ist darauf ausgerichtet, friedliche und kooperative internationale Beziehungen nachhaltig zu stärken und damit auch die Rahmenbedingungen für unsere Freiheit und Sicherheit sowie unseren Wohlstand zu sichern. In der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Partnerstaaten folgt sie zugleich der Zielsetzung in der Präambel des Grundgesetzes, einen Beitrag zum Frieden in der Welt zu leisten.

Wo Gewaltkonflikte eskalieren oder bereits eskaliert sind, bedarf es auch kurzfristig wirksamer Stabilisierungsmaßnahmen. Deren Ziel muss sein, die politische Dynamik so zu beeinflussen, dass Gewalt reduziert wird und die Voraussetzungen für inklusive, nachhaltige Konfliktlösungen geschaffen werden. Im Zentrum von Stabilisierung sollte ein diplomatisch begleiteter politischer Prozess stehen. Humanitäre, entwicklungs- oder sicherheitspolitische Maßnahmen können flankieren. Dabei sind maßgeschneiderte Projekte für jeden lokalen Kontext zu entwickeln. Bedeutsamer wird dabei auch die Wechselwirkung zwischen innerem und äußerem Frieden. Die Zunahme innerer gesellschaftlicher Konflikte auch in Deutschland beeinträchtigt unsere Fähigkeit, den Frieden nach außen zu fördern, indem sie wichtige Ressourcen bindet. Umgekehrt stärkt unsere Fähigkeit, Konflikte in der nahen und fernen europäischen Nachbarschaft zu verhindern oder zu bearbeiten, unseren inneren Frieden, da wir die Folgen unseres internationalen Handelns direkter zu spüren bekommen. Indem wir also den inneren Frieden unserer Gesellschaft stärken, erhöhen wir gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit, dies auch nach außen erfolgreich tun zu können – und umgekehrt.

Daher sollten wir auch verstärkt die Friedensförderung im Innern in den Blick nehmen, mit dem Ziel, unsere grundlegenden gesellschaftlichen Werte, wie eine freiheitliche Ordnung, Demokratie,

soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit, zu verteidigen und ihre sozialen Fundamente zu sichern. Politik sollte sich daher Spaltungsversuchen in unserer Gesellschaft entgegenstellen und einen gewaltfreien Umgang mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen im Innern fördern.

### **Entspannungspolitik, Abrüstung und Nichtverbreitung von Waffen**

(Klein-)Waffen sind zunehmend weltweit verfügbar. Das gefährdet öffentliche Sicherheit und macht Sicherheit zu einem exklusiven Gut – für die, die es sich leisten können. Zudem können Waffenexporte in Spannungsgebiete Konflikte befeuern. Die fatalen humanitären und politischen Folgen zeigen sich z.B. im andauernden Krieg im Jemen.

Europäische Rüstungsunternehmen verfügen über Überkapazitäten und drängen deshalb in den Export. Stattdessen sollten sie gemeinsam mit Gewerkschaften und der Politik Konversionsstrategien erarbeiten, um langfristig Arbeitsplätze zu sichern und das Innovationspotenzial der Branche für zivile Zwecke nutzbar zu machen.

Die neue Aufrüstungsrunde erinnert fatal an das Wettüben zwischen Ost und West und die Abschreckungspolitik während des Kalten Krieges. Der Mechanismus ist bekannt: Wer sich bedroht fühlt, glaubt, die eigene Sicherheit durch erhöhte militärische Anstrengungen (zu Hause oder durch Ertüchtigung der Verbündeten) erhöhen zu müssen.

Angezeigt wäre es stattdessen, sich auf die Konzepte zu besinnen, die zum Ende des Kalten Krieges beigetragen haben: gemeinsame Sicherheit, vertrauensbildende Maßnahmen, Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungsmitteln.

Gemeinsame Sicherheit zielt auf eine europäische (nicht EU- oder westliche) Sicherheitsarchitektur ab. Die Erfahrungen während des Kalten Krieges haben gezeigt, dass selbst in der Situation der gefährlichen Blockkonfrontation mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, später OSZE) ein politischer Rahmen geschaffen werden konnte, der zur Entspannung und damit zu gemeinsamer Sicherheit führte.

Vertrauensbildung bedeutet, die Sicherheitsbesorgnisse des realen oder wahrgenommenen Gegners ernst zu nehmen. In diesem Sinne sollten sich Deutsch-

land und die EU verstärkt im Bereich der präventiven Diplomatie engagieren und Formate wie den NATO-Russland-Rat oder eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen Osten ausbauen bzw. initiieren oder sich auch in der konfrontativen Situation in Korea als Vermittler anbieten.

Vorbeugende Maßnahmen wie Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Waffen scheinen in einem instabilen internationalen Umfeld dringlicher denn je.

Es wäre daher angezeigt, dass Deutschland und die EU die Mitte 2016 begonnenen Bemühungen um eine Erneuerung konventioneller Rüstungskontrollvereinbarungen im Rahmen der OSZE und auf globaler Ebene (Arms Trade Treaty, ATT) intensivieren und sich endlich der Initiative für ein Atomwaffenverbot, die mehr als 130 Länder im Rahmen der Vereinten Nationen unterzeichnet haben, anschließen. Der Einsatz tödlicher autonomer Waffen sollte im Rahmen der UN-Waffenkonvention geächtet werden.

Die G20 sind für 80 % der globalen Militärausgaben verantwortlich und für fast den gesamten weltweiten Waffenexport. Auch die wirkmächtigen geopolitischen Interessen bündeln sich in diesen Ländern. Damit tragen sie die Hauptverantwortung für die aktuelle neue Aufrüstungsrunde und den Nachschub an Waffen in Kriegsgebiete – und entsprechend auch dafür, den Trend umzukehren.

### **Globale Gerechtigkeit und internationale Entwicklungszusammenarbeit**

Globale Gerechtigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für Frieden. In diesem Sinne ist die „Agenda 2030 für nachhal-

tige Entwicklung“ zu lesen, die 2015 als Nachfolgerin der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals) von allen Mitgliedstaaten der UN verabschiedet wurde.

Mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals [SDG]) stellt sie bis zum Jahr 2030 den globalen Referenzrahmen für eine gerechte und nachhaltige Welt dar. Mit der Integration einer umfassenden Friedensdimension macht die Agenda klar, dass nachhaltige Entwicklung und menschliche Sicherheit nur im Frieden möglich sind und Gewalt, Fragilität und schlechte Regierungsführung Haupthindernisse darstellen.

Frieden ist daher einer der fünf Grundpfeiler der Agenda („people, planet, prosperity, peace, partnership“) und das eigenständige Ziel 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen). Dank ihrer ganzheitlichen Perspektive beinhalten auch weitere Ziele wichtige Dimensionen und Beiträge zu Frieden und Sicherheit: so z. B. zur Armutsbekämpfung (Ziel 1.4 Gleichberechtigter Zugang zu sozialen Dienstleistungen und Landnutzung), im Bildungsbereich (Ziel 4.7 Gewaltlosigkeit und eine Kultur des Friedens in Bildungsinhalte integrieren), zur Geschlechtergerechtigkeit (Ziel 5.2 Beendigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen), im Bereich der Ungleichheit (Ziel 10.2 Abbau von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen) oder bei der Stadt- und Regionalentwicklung (Ziel 11 Nachhaltige und sichere Städte und Gemeinden).

Die Agenda hat einen universellen Anspruch: Sie löst die Unterscheidung zwischen „Nord“ und „Süd“ bzw. „Geber“

und „Nehmer“ auf und formuliert die gemeinsame Verantwortung aller Staaten und Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, eine weltweite sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Denn ohne diese Transformation – insbesondere in Deutschland, Europa und der westlichen Welt – werden globale Ungleichheiten, asymmetrische Machtverhältnisse und -abhängigkeiten, Umweltzerstörung und der Landraub voranschreiten und hierdurch bedingte (Gewalt-)Konflikte nicht zu lösen sein. Ohne eine ernsthafte Ursachenanalyse von (struktureller) Gewalt und der eigenen Verantwortung bleiben Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung Stückwerk

Für Deutschland heißt dies u.a., dass negative Auswirkungen des eigenen Handelns (z. B. im Bereich der internationalen Finanz-, Handels-, Rüstungs- und Umweltpolitik) auf Konflikt dynamiken anderswo viel umfänglicher als bislang in den Blick genommen werden müssen. Hierfür müssten Zielkonflikte offengelegt und diskutiert werden, z. B. im Rahmen einer „Friedensverträglichkeits-“ oder erweiterten Nachhaltigkeitsprüfung, bei der Bundesregierung und Bundestag sämtliche politischen Initiativen und Gesetzesvorhaben überprüfen würden.

Auch die „Sustaining-Peace“-Resolutionen der UN-Vollversammlung und des Sicherheitsrats greifen diesen Gedanken auf und betonen, dass Friedensförderung bereits vor dem Ausbruch von Gewalt ansetzen muss, indem die Bearbeitung struktureller Konfliktursachen verstärkt in den Mittelpunkt der Arbeit der UN und ihrer Mitgliedstaaten rückt.

## ■ **Distrikt Frauenaarach**

### **Vorsitzender:**

Jens Schäfer

[schaefer-jens@gmx.net](mailto:schaefer-jens@gmx.net)

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Unsere nächsten Sitzungen wird am

### **12.10 (JHV mit Neuwahlen) um 19:30**

sein. Geplant ist die Sitzung in persönlicher Form im

### **Bürgerhaus Kriegenbrunn**

## **(Kriegenbrunner Str. 25)**

Sollte das nicht möglich sein, gibt es die Änderung der Lokation dann per Mail ein paar Tage vorher.

Eigentlich wäre unsere JHV bereits am vergangenen Dienstag gewesen, wir haben aber in der Sitzung entschieden diese abzusagen und zu einer „normalen“ Distriktversammlung zu ändern.

## Protokoll

### 1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen. Die Tagesordnung wird besprochen und einstimmig abgelehnt. Die TOPs 3 - 10 (Wahlen) werden gestrichen. TOP 11 (Verschiedenes) wird zu TOP 3. Die Sitzung wird nicht als JHV sondern als normale Distriktversammlung weitergeführt.

### 2. Aktuelles

Die Zukunft des Distrikts wird intensiv diskutiert. Dabei werden verschiedene Vorschläge zum Fortbestehen und zu möglichen Veränderungen gemacht. Hartmut Wiechert wird den Stellv. Vorsitz im Seniorenbeirat übernehmen.

### 3. Verschiedenes

Die nächste Sitzung findet am 12.10 als JHV mit Neuwahlen um 19:30 im Bürgerhaus Kriegenbrunn statt.

Hier noch die geplante Tagesordnung

für unsere Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen im Oktober.

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Bericht des Distriktvorstands
5. Bericht des Kassiers
6. Bericht der Revisoren
7. Aussprache
8. Entlastung des Vorstands
9. Abstimmung zur Wahl einer Doppelspitze
10. Neuwahlen  
Vorsitzende/r  
Stellvertreter/innen  
Kassier/erin  
1 Vertreter und 1 Vertreterin für den KV  
2 Revisoren/innen
11. Jahresplanung  
Themen  
Termine
12. Verschiedenes

Für den Vorstand  
Jens Schäfer

Neuigkeiten aus dem und für den Distrikt Innenstadt

Die nächste Distriktsitzung findet am

**19. Oktober um 19.30**

in Präsenz statt.

Achtung: Versammlungsort wird dieses Mal der

## Nebenraum des Kaiser Wilhelm am Lorleberg-Platz

sein!

Da wir diese Sitzung mit dem Distrikt Ost gemeinsam gestalten wollen und mehr Platz brauchen als unsere geschätzte Kulisse vorhält, ist dieser Ort ein guter Innenstadt/Ost Kompromiss. Auf dieser Sitzung werden wir das Thema „Gegen Rechts – klar, aber wie?“ in den Mittelpunkt stellen. Passend konnte für die Oktober - KMV vom Kreisvorstand Jonas Miller als Referent gewonnen werden, zum Thema „Rechtsextremis-

mus in Nordbayern“. (Einige erinnern sich vielleicht an diesen Referenten, der vor einigen Jahren schon einmal einen sehr aufschlussreichen Vortrag über die rechte Szene auf einer KMV gehalten hat).

Weiterhin möchte ich auf den Film „Je suis Karl“ hinweisen, der zur Zeit im Lamm laufen soll. Auch er „beackert“ dieses wichtige Thema.

Die AG 60+ bemüht sich für ihren Filmnachmittag im Laufe des Herbsts eine schwarze Komödie mit dem Titel „Adams Äpfel“, zu bekommen. Dieser Film fasst das Thema weiter und zielt auf das Zusammenwirken verschiedener extremer Persönlichkeiten ab. Komik die im Hals stecken bleiben kann allemal...

Von der Konzentration und zeitlichen Abstimmung auf ein politisches Thema (auch mit dem Kreisvorstand) versprechen wir uns die Chance auf tiefergehende Einblicke und Diskussionen, weil so etwas wie Vor- und Nachbereitung gefördert wird.

Freundschaft!  
Monika Fath-Kelling

## ■ Distrikt Innenstadt

### Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling

Telefon: 897065

kellingmo@nefkom.net

■ **Distrikt Ost**

**Vorsitzender:**

Munib Agha

Telefon: 9731163

Mobil: 0160-3581886

munib\_gha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,  
hiermit möchten wir euch zur kommenden Distriktsitzung am

**19. Oktober um 19:30 Uhr  
im Nebenraum des Kaiser  
Wilhelm (Lorleberg-Platz)**

einladen!

Die Oktober-Sitzung möchten wir als ersten Test für gemeinsame thematische Sitzungen des Distrikts Innenstadt und Ost nutzen. Mit dem Thema „Gegen Rechts – klar, aber wie?“ wollen wir uns bereits auf die Oktober-KMV vorbereiten. Darüber hinaus soll der Austausch zwischen den beiden Distrikten gestärkt werden.

Solidarische Grüße!

■ **Distrikt Süd**

**Vorsitzender:**

Andreas Richter

andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unsere nächste Sitzung findet statt am

**Mittwoch, den 20.10.,  
um 20 h im Bürgertreff  
Berliner Platz, Berliner  
Platz 1**

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Stadtteilbeirat
2. Bericht aus dem Stadtrat
3. Diskussion über ein festzulegendes aktuelles politisches Thema
4. Sonstiges

Wir freuen uns auf Dein Erscheinen.

Da wir leider immer noch in einer Pandemie leben, müssen wir das Hygienekonzept des Bürgertreffs unbedingt beachten. Dieses sieht u. a. die Einhaltung der 3-G-Regel vor.

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Richter

Vorsitzender

**Protokoll der Jahreshaupt-  
versammlung (JHV)**

Distrikt Süd: JHV am 15.09.2021

Anwesend: Robert Thaler, Günter Laurer, Andreas Richter, Eda Simsek, Dunja Zaouali, Claudia Butt

Entschuldigt: Christof Bartschat, Christian Wonnert, Friedhelm Elias

Formalia:

Beginn um 20:05Uhr und Ende um 21:15Uhr.

Es wurde fristgerecht geladen.

**1. Begrüßung**

Der Vorsitzende Andreas begrüßt die anwesenden Distriktsmitglieder.

**2. Beschluss über die Tagesordnung**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

**3. Bericht des Vorstands, Kassenbericht  
sowie Bericht der Revisor\*innen**

Da wir seit der Kommunalwahl 202 den Oberbürgermeister stellen und zusammen mit der CSU als Kooperationspartner an der Regierung sind, läuft die Arbeit sehr gut, wir können und konnten bisher viel umsetzen v.a. hinsichtlich Wohnungspolitik (Stichwort Nachverdichtung im Erlanger Süden).

Außerdem ist der Distrikt Süd jetzt mit 3 Vertreter\*innen gut im Stadtrat repräsentiert, was sehr erfreulich ist.

Den Kassenbericht legt unser Kassier Mark vor:

Wir haben 2019 einen Zuschuss von 166,12€ (Zuschüsse vom Kreisverband) bekommen und Ausgaben von 90,00€ (Kontoführungsgebühr und Beiträge von Genoss\*innen). Die Geldbestände liegen zum 31.12.2019 bei 459,61€.

Wir haben 2020 wieder einen Zuschuss von 75,00€ bekommen und die fortlaufenden Gebühren betragen 82,50€ (abzgl. 22,50€ bei Beiträgen von Genoss\*innen durch Austritt eines Mitglieds). Der Geldbestand zum 31.12.2020 liegt bei 452,11€.

Der Geldbestand zum 15.03.2021 beträgt 411,00€.

Die Mitgliederentwicklung 2019 war etwas negativ. Wir hatten 59 Mitglieder, da es 3 Neueintritte und 7 Abgänge gab. Die Mitglieder zahlten im Durchschnitt 9,70€.

Im Jahr 2020 hatten wir einen Neueintritt und 4 Abgänge, sodass wir jetzt bei 52 Mitgliedern sind. Sie zahlten einen Durchschnitt von 9,11€.

2021 hatten wir vorerst keine Eintritte und keine Austritte. Seit heute haben wir ein neues Mitglied, die Dunja. Fraglich ist, ob es Neueintritte während dem



Scholz Hype geben wird.

Bericht der Revisor\*innen Robert und Günther:

Die Kasse wurde ordnungsgemäß geprüft, alle Belege waren vorhanden, daher wird vorgeschlagen, dass der Vorstand entlastet wird.

#### 4. Aussprache

Wurde zusammen mit 3. erledigt.

#### 5. Entlastung des Vorstands

Der Vorstand wird einstimmig entlastet.

#### 6. Wahlen

Wahl- und Zählkommission

Andreas schlägt die Claudia und den Günther vor. Der Vorschlag wird so einstimmig angenommen.

- Vorsitzende\*r

Vorgeschlagen wird Andreas Richter. Es wurden 7 Stimmen abgegeben.

Auf Andreas Richter sind 7 stimmen entfallen, alle sind gültig. Andreas wurde einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an. Andreas ist somit wieder Vorsitzender.

- Stellvertreter\*in

Vorgeschlagen wird Eda Simsek. Es wurden 7 Stimmen abgegeben.

Auf Eda Simsek sind 7 Stimmen entfallen, alle sind gültig. Eda wurde einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an. Damit ist sie wieder stellvertretende Vorsitzende.

- Kassierer\*in

Vorgeschlagen wird Mark Schuster. Es wurden 7 stimmen abgegeben.

Auf Mark Schuster sind 7 Stimmen entfallen, alle sind gültig. Mark wurde einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an. Damit ist er wieder Kassier.

- Schriftführer\*in

Vorgeschlagen wird Christof Bartschat. Er ist nun auch offiziell bei der Partei als „Divers“ eingetragen, sodass die Quotierung eingehalten werden kann. Seine

Einverständniserklärung zur Kandidatur wurde beim Vorstand eingereicht.

Es wurden 7 Stimmen abgegeben. Auf Christof Bartschat sind 7 stimmen entfallen, alle sind gültig. Christof wurde einstimmig gewählt und es liegt die Erklärung vor, dass er die Wahl annimmt. Damit ist Christof unser neuer Schriftführer.

- Revisor\*innen

Es werden Claudia Butt und Günther Laurer vorgeschlagen. Es wird abgestimmt. Claudia und Günther werden einstimmig (7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) gewählt und nehmen die Wahl an. Somit sind Claudia Butt und Günther Laurer die neuen Revisor\*innen des SPD Erlangen Distrikt Süd.

- Vertreter des Distrikts im Kreisvorstand

Vorgeschlagen werden Andreas Richter und Claudia Butt. Es wird per Akklamation abgestimmt. Beide werden einstimmig (7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) als Vertreter\*innen des Distrikt Süd in den Kreisverband entsendet.

#### 7. Sonstiges

Robert merkt die positive Wahrnehmung der SPD zur Bundestagswahl an. Es kommt die Frage, ob es eine Wahlparty geben wird. Geplant ist entweder beim August-Bebel-Haus oder im E-Werk (wobei letzteres sehr teuer ist).

Es gibt wohl eine Bürger\*inneninitiative, die für die Koldestr. Unterschriften sammeln, damit der Stadtrat dort eine verkehrsberuhigte Zone einführt. Mark nimmt dieses Thema mit in den Stadtteilbeirat. Andreas, Eda und Dunja nehmen das Thema mit in die Fraktion.

Die nächste Sitzung des Distrikt findet am 20.10. um 20 Uhr im Bürgertreff statt.

Protokoll: Eda Simsek

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung am

**Mittwoch,  
13.10.2021, 19.00 Uhr  
Schlossgaststätte**

Schlossgasse 7, 91058 Erlangen-Tennenlohe

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles.
- 2) Rückblick auf unsere Exkursion.
- 3) Ergebnisse der Bundestagswahl und der Landtagswahlen.
- 4) koko&lore

## ■ Distrikt Tennenlohe

**Vorsitzender:**

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

- 5) Unterstützung für Eltersdorf
- 6) Lokalität für Novembersitzung
- 7) Verschiedenes.

Für den Vorstand  
Rolf Schowalter

P.S.: es gelten die gängigen Hygieneregeln aufgrund der Covid-19-Pandemie

Vorankündigung: unsere nächste Distriktversammlung soll stattfinden: am 10.11.

## **Protokoll der Distriktversammlung vom 08.09.2021 in Tennenlohe**

### **Top1: Aktuelles**

Rolf eröffnet die Sitzung. Anwesend sind acht Distriktmitglieder, Munib Agha und Lisa Kaufmann vom Kreisvorstand der SPD Erlangen und ein Gast.

Die Anwesenden diskutieren über die aktuelle Situation zur Bundestagswahl. Es herrscht große Freude zu den exzellenten Umfragen für die SPD und Olaf Scholz.

### **Top2: Gegendarstellung zu einem Bericht im letzten Tennenloher Bote**

Im letzten TB wurde versehentlich eine kurze nicht bestätigte Aussage zur Metzgerei Brunner und der Vermieterin der Räumlichkeiten abgedruckt. Besonders letztere verwehrt sich gegen den geäußerten Vorwurf und hatte einen Anwalt eingeschaltet, der mit einem Schreiben Rolf unter Druck setzen wollte. Rolf engagierte einen eigenen Anwalt, der die Argumentation der Gegenseite zerplückte und es wurde eine Gegendarstellung vereinbart. Diese wurde bis zum 16. August in Tennenlohe flächendeckend verteilt. Gert stellt den Antrag, dass die Druckkosten für die Gegendarstellung vom Distrikt erstattet werden. Die anwesenden Vorstandsmitglieder stimmen dem Antrag zu.

TOP3: Diskussion mit Munib Agha, Mitvorstand im SPD-KV Erlangen  
Rolf gibt einen kurzen Rückblick über Gründe für das gelegentlich gestörte Verhältnis zwischen Distrikt und Fraktion bzw. einzelnen Vorstands- und

Fraktionsmitgliedern. Er nennt unter anderem den Streit um das Gewerbegebiet G6 oder das geringe Interesse der Fraktionsmitglieder an der 750-Jahrfeier. Er appelliert an Munib und den Kreisvorstand, in der Fraktion und auch im Kreisvorstand selbst bei Entscheidungen immer auch auf die Stimmungen in der Bevölkerung zu achten und solche Niederlagen wie die Abstimmung West III oder die Landesgartenschau zu vermeiden. Munib lobt die Distrikarbeit in Tennenlohe. Es gibt viele Probleme, die nicht allein von der Fraktion gelöst werden können, sondern wo eine enge Kooperation mit der Basis wichtig ist.

### **TOP4: Diskussion mit Lisa Kaufmann, Vizevorstand im KV Erlangen, zur STUB und Fahrradschnellstraßen**

Lisa erzählt, dass die STUB auf einem guten Weg ist, zumal nun auch die Nürnberger und die Erlanger JU sich positiv zur STUB ausgesprochen haben. Sie bietet auch Argumentationshilfen der Erlanger Jusos für den Tennenloher Boten. Weiterhin diskutieren wir über den geplanten Fahrradschnellweg von Nürnberg über Tennenlohe nach Erlangen. Der Distrikt ist mehrheitlich der Ansicht, dass von den aktuell diskutierten Routen durch Tennenlohe, - Brandweg, Franzosenweg, Sebastiansstr. – keine für einen Radschnellweg geeignet ist. Natürlich können diese Strecken weiterhin von Fahrrädern genutzt werden, aber ein rücksichtsvolles Miteinander mit Fußgängern ist wichtig. Erst im Rahmen der STUB-Trasse ist die Errichtung eines Radschnellweges möglich. Lisa nimmt die Argumentation für die weitere Diskussion auf.

### **TOP5: Umgehungsstraße Eltersdorf**

Munib fragt an, wie der Distrikt zu der Ortsumgehung von Eltersdorf steht. Mehrheitlich unterstützt der Distrikt die Ortsumgehung, da für die Eltersdorfer Bürger eine Entlastung notwendig ist. Weiterhin eröffnet die Umgehung auch eine weitere Entlastung der Brucker Altstadt.

### **TOP6: Ausflug**

Wilhelm, der den Ausflug nach Dinkelsbühl geplant hat, stellt die Planung kurz vor und bittet um die Bildung von Fahrgemeinschaften.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Unsere nächste Distriktsitzung findet am

**Mittwoch, den 27.10.  
um 20 Uhr im Gütlein  
(Dorfstraße 14,  
Büchenbach)**

im Großen Saal statt. Diesmal ist Dieter Rosner, Sozialreferent der Stadt Erlangen und ehemaliger Kreisvorsitzender

der Erlanger SPD, zu Gast. Dieter wird uns einen fundierten Einblick in die aktuelle Sozialpolitik in Erlangen geben. Wie immer freuen wir uns über zahlreiche Teilnahme! Denkt dabei jedoch bitte an die 3G-Regel (geimpft, genesen oder getestet mit entsprechendem Nachweis), mögliche Änderungen der Regelungen werden wir rechtzeitig vorher über den Mailverteiler kommunizieren.

Solidarische Grüße,  
Katrin Hurle

■ **Distrikt West**

**Vorsitzende:**

Katrin Hurle  
katrin9290@googlemail.com  
Felizitas Traub-Eichhorn

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 8. September 2021 in der Thaler-  
mühle, Erlangen

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Wahlkampf Bundestagswahl 2021
4. Planung für die nächsten Versammlungen
5. Nächste Termine - Verschiedenes

**Top 1: Begrüßung durch die Vorsitzende  
Monika Fath-Kelling**

**Top 2: Aktuelles**

Als neues Mitglied begrüßen wir Afsanhe Sabani. Afsanhe berichtet aus ihrem Leben, wie sie als Studentin vor über 30 Jahren von Persien nach Deutschland kam. Von Beruf ist sie examinierte Krankenschwester und hat immer in diesem Berufsfeld gearbeitet, momentan arbeitet sie in Teilzeit als Demenzbetreuerin. Monika möchte zu Beginn jeder Sitzung eine „Persönliche Runde“ einführen, so dass jeder ein kurzes „wie geht es mir gerade“ und was ist seit der letzten Versammlung für mich persönlich Wichtiges geschehen. Dem wird zugestimmt.

Hem war enttäuscht darüber, dass sich im Kreisverband keine jüngere Kandid\*in als Friedensbeauftragte zur Verfügung stellte. Darum hat er sich dafür gemeldet. Hem möchte als Friedensbeauftragter, dass wir von 60+ uns mit der AsF und den Jusos treffen, um zu Frieden und Abrüstung Themen zu belegen, die sonst unter den „tagespolitischen Teppich“ gekehrt würden. Der Vorschlag wird begrüßt.

Anton weist aus persönlichem Anlass darauf hin, wie wichtig eine Vorsorge (Patientenverfügung, Vollmachten) für den Fall der ersten Erkrankung oder des Todes ist. Und zwar nicht nur für Alte, sondern durchaus auch für junge Menschen. Vielleicht ließe sich so etwas mit einem (elektronischen?) Vorsorgepass regeln?

Monika berichtet, dass von der Jugendzeitschrift BRAVO sehr stark für eine Kinderimpfung gegen Covid19 in Form von „Panikmache“ geworben wird. Explizit gegen den Rat der Stiko und den Rat von Wissenschaftlern. Gegen diesen Artikel liegt eine Beschwerde beim Presserat vor. Auch in der Wochenzeitschrift „ZEIT“ war ein inhaltlich gleicher Artikel in Form eines Interviews. Monika hat dazu einen Leserbrief verfasst und liest daraus vor. Er wurde bisher noch nicht veröffentlicht. Gegen diese vorsätzliche Beschädigung von wissenschaftlichen Institutionen sollte auch unsere Partei die Stimme erheben. Monika wird den Leserbrief kommentiert auch an den Bundes-AK 60+ schicken.

**TOP 3: Wahlkampf Bundestagswahl 2021**

Wir stellen fest, dass wir von AG60+ außer am Infostand teilzunehmen, nichts mehr tun können. Für Interessierte: Am 19. September kommt SPD Kanzlerkandidat Olaf Scholz nach Nürnberg.

**TOP 4: Planung für die nächsten Versammlungen**

Oktober / November 2021: Eine Veranstaltung „Arbeit gegen Rechts“ mit den Distrikten Innenstadt (Monika) und Ost (Vorsitzender Felix Klingert, und im

■ **AG 60plus**

**Vorsitzende:**

Monika Fath-Kelling  
Telefon: 897065  
kellingmo@nefkom.net

Kreisverband zuständig für Schulungen). Dazu schlägt Monika vor, „flankierend“ den Film „Adams Äpfel“ des dänischen Regisseurs und Drehbuchautors Anders Thomas Jensen aus dem Jahr 2005, eine zeitlose schwarze Komödie, vorzuführen.

Dezember 2021 / Januar 2022 und evtl. Februar 2022: könnte „Friedenspolitik“ Oberthema sein. Alle Themen sollen gleichwertig behandelt werden. Die Koordination von Ober-Themen soll auch auf der Kreisvorstandssitzung vorgebracht werden.

**TOP 5: Nächste Termine: - Verschiedenes**

**Mittwoch, 20.10.2021,  
15:00 – 17:00 in der  
Thalermühle.**

Mittwoch, 17.11.2021, 15:00 - 17:00  
Mittwoch, 15.12.2021 15:00 – 17:00 „Lamettasitzung“ incl Jahresabschlußfeier.  
Protokollführerin: Renate Schmidt

## ■ **AK sozialökologische Transformation**

Sophia Waldmann  
David Kaufmann  
Munib Agha  
Einwahldaten:  
<https://meet.spd.tools/AKSozTrafo>

Liebe Genossinnen\* und Genossen\*, im Herbst laden wir euch zu zwei Treffen unseres Arbeitskreises ein! Interessierte sind immer willkommen, auch ohne Parteimitgliedschaft oder nur für ein bestimmtes Thema. Wir bleiben mit unseren Sitzungen erstmal online – falls sich daran etwas ändert, geben wir euch vorher über den E-Mailverteiler des Kreisverbands Bescheid.

Achtung Terminänderung: Am

**Mittwoch, 13. Oktober um  
18:00 Uhr**

redet Floh Janik mit uns darüber, warum

es sechs Jahre dauert, einen neuen Fahrradweg zu bauen und diskutiert mit uns die demokratische Umsetzung notwendiger sozial-ökologischer Maßnahmen. Am

**Donnerstag, 04. November um 18:00 Uhr**

berichtet Daniel Hildermann aus seiner Forschung. Daniel promoviert zu Gewerkschaftsarbeit in der Flugbranche.

Solidarische Grüße  
Sophia, David und Munib

## ■ **Jusos**

**Vorsitzende:**  
Mark Schuster  
Sophia Waldmann  
[info@jusos-erlangen.de](mailto:info@jusos-erlangen.de)

Liebe Jusos,

im Oktober treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:

- 12.10.: Cybersicherheit  
- 26.10.: Vorstellung und Beratung Anträge Bundeskongress (falls vorliegend)

Aufgrund der pandemischen Lage ist noch unsicher, ob die Sitzungen in Prä-

senz oder im digitalen Raum stattfinden. Weitere Informationen und einen möglichen Einwahl-Link oder Adresse der Präsenzsitzung geben wir natürlich auf Slack oder per Mail bekannt.

Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.  
Euer Vorstand